

Gegensteuern

TRIBÜNE-Gespräch mit Berthold Huber, Vorsitzender der IG Metall

TRIBÜNE: Nach den meisten Prognosen hat Deutschland die Wirtschaftskrise überwunden. Dazu haben Sie persönlich und auch die von Ihnen geführte IG Metall mit ihren zurückhaltenden Lohnforderungen beigetragen. Das ist ein Kurs, der für Gewerkschaften nicht unbedingt üblich ist.

HUBER: Mit Lohnzurückhaltung hat das nichts zu tun. Die Lohnpolitik der IG Metall hat sich seit rund 40 Jahren immer auf Basis von zwei Faktoren bewegt: Erstens der Inflationsrate, die wir für das Jahr, in dem der Tarifvertrag in Kraft treten soll, prognostizieren. Zweitens auf Grundlage der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung. Vor der Bankenkrise und währenddessen hatten wir relativ niedrige Inflationsraten, dazu einen moderaten Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktivität.

Vor diesem Hintergrund kamen unsere Lohnforderungen zustande. Es war also die gleiche Logik wie in den Jahrzehnten zuvor.

TRIBÜNE: Es ist wohl einmalig in der bundesrepublikanischen Geschichte, dass ein Gewerkschaftsvorsitzender, selbst wenn er mehr als zwei Millionen Mitglieder vertritt, als Ratgeber für Wirtschaft und Politik fungiert und bei fast allen Beteiligten Gehör findet.

HUBER: Ich glaube, dass die Gewerkschaften und die IG Metall bei der Bewältigung der Krise eine gute und wichtige Rolle gespielt haben. Wir haben Lösungsvorschläge erarbeitet, wie beispielsweise Ende 2008 die Ausweitung der Kurzarbeit, damit Unternehmen für bis zu zwei Jahre Kurzarbeit anmelden können. Diese Forderung ist von der Politik auch umgesetzt worden. Ebenso konnten wir die Ökoprämie für Altfahrzeuge verwirklichen, haben verschiedene Vorschläge für die Konjunkturpakete eins und zwei gemacht. Insgesamt sind wir dabei sowohl bei Politikern als auch Arbeitgebern auf sehr positiven Widerhall gestoßen. Das hat uns erlaubt, eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Krise zu spielen. Man darf eines nicht vergessen, Herr Romberg, in der letzten Krise der Metall- und Elektroindustrie 1993/94 haben wir rund 900.000 Arbeitsplätze verloren, durch Personalabbau, durch Entlassungen, durch Sozialpläne. Die Erfahrungen von damals waren wichtig für die Bewältigung der jüngsten Krise, denn damals mussten auch die Arbeitgeber einsehen, dass es erstens Geld kostet, wenn man Leute entlässt, und dass man zweitens im nächsten Aufschwung dann nicht mehr die nötigen Fachkräfte zur Verfügung hat. Um das zu vermeiden, haben die wichtigen Betriebe in Deutschland jetzt Entlassungen vermieden und stattdessen auf Kurzarbeit oder Qualifizierungsmaßnahmen gesetzt. Im Aufschwung, der 2010 – Gott sei Dank – begonnen hat, konnte man dann auf eingearbeitete und qualifizierte Mannschaften zu-

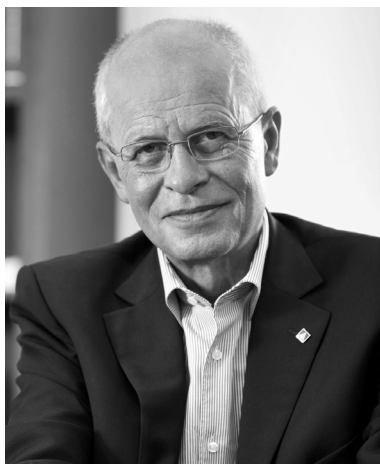


Bild: Frank Rumpenhorst

rückgreifen, sei es bei den Entwicklern, sei es in der Produktionsarbeit. Das war ein großer Vorteil für die Betriebe wie für die Beschäftigten. Auch deswegen stehen wir, was die Beschäftigung in Deutschland anbelangt, relativ gut da.

TRIBÜNE: Durch die Entlassungen 1993/94 hat auch die IG Metall sehr viele Mitglieder verloren.

HUBER: Sicherlich. Bei 900.000 Beschäftigten weniger in der Metall- und Elektroindustrie können Sie davon ausgehen, dass unserer Gewerkschaft 400.000 bis 500.000 Mitglieder verloren gingen. In der jüngsten Krise dagegen konnten wir unsere Mitgliedschaft in der Substanz erhalten, insbesondere bei den betriebsangehörigen Mitgliedern. Seit 2010, vor allem aber 2011 verzeichnen wir wieder einen signifikanten Anstieg der Beitritte. Ich hoffe, wir werden zum Jahresende das beste Ergebnis der letzten 20 Jahre melden können.

TRIBÜNE: Einige Male wurde gegen die IG Metall und gegen die Gewerkschaften allgemein der Vorwurf erhoben, sie hätten sich um die Arbeitslosen, also die ehemaligen Mitglieder, nicht so gekümmert, wie man es hätte erwarten können.

HUBER: Ich kann diesen Vorwurf nicht nachvollziehen, denn wir tun sehr viel für die Reintegration von Kolleginnen und Kollegen. Natürlich können wir als Gewerkschaft das Problem der Arbeitslosigkeit nicht alleine lösen. Aber der Vorwurf, wir täten zu wenig für Arbeitslose, wird meistens begleitet von der Klage, die IG Metall würde zu hohe Lohnforderungen stellen und nur deswegen würden die Leute ihre Arbeitsplätze verlieren. Das ist falsch. Wenn man eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik macht, wie wir es tun, ist ganz klar, dass man dabei auch Zukunftsfelder schaffen muss. Bereiche also, in denen Menschen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, neue Arbeit finden können. Solche Bereiche zu erschließen, das haben wir immer versucht. Denken Sie an die regenerativen Energieträger, eine Sparte, in der in den letzten Jahren immerhin 350.000 Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. Von der Produktivitätsorientierung Abstand zu nehmen, dafür sehe ich keine Möglichkeit, denn damit wäre weder den Unternehmen noch der Gesellschaft noch den arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen gedient.

TRIBÜNE: Ist es nicht erschreckend für Betriebsangehörige, wenn Tarifverhandlungen wie ein Basar anmuten, auf dem um jedes Prozentpunkt nach dem Komma gefeilscht wird, während bei Bilanzpressekonferenzen der neueste Gewinnzuwachs mit stolzgeschwellter Brust präsentiert wird?

HUBER: Ich führe seit zwanzig Jahren Tarifverhandlungen, und wie auf einem Basar geht es dort gewiss nicht zu. Das ist ein sehr oberflächlicher Vergleich. Bedenken Sie, ein Prozent mehr Lohn und Gehalt bedeutet allein für die Metall- und Elektroindustrie eine Summe von rund 1,5 Milliarden Euro! Die entscheidende Frage ist, ob diese Summe letztlich bei den Menschen ankommt oder bei denjenigen, die sowieso Supergewinne einfahren. In der Krise war die Gewinnsituation auch für viele Unternehmen außerordentlich schwierig. Heute ist sie gut, sehr gut sogar. Das wollen wir bei den nächsten Tarifverhandlungen im April nächsten Jahres mit berücksichtigen. Wir werden uns neben der Inflations- und Produktivitätsentwicklung auch die Gewinnsituation anschauen und dann möglicherweise unsere Lohnforderung ergänzen. Wir brauchen eine Umverteilung von oben hin zu den Normalverdienern und nach unten. In den letzten Jahren ging die Entwicklung in Deutschland immer stärker von unten nach oben. Das liegt aber an der drastischen Ausweitung von Niedriglohn-Jobs und prekärer Arbeit außerhalb unserer Tarifzuständigkeit.

TRIBÜNE: Sie haben es angesprochen. Bedauerlicherweise sind einige wichtige Forderungen der Gewerkschaften offen. An erster Stelle müssen hier Mindestlohn und Leiharbeiterbezahlung genannt werden. Der Widerstand von Arbeitgeberseite und Teilen der Politik

konnte auch durch neuere Erkenntnisse aus anderen europäischen Ländern nicht ins Wanken gebracht werden.

HUBER: In den letzten acht, neun Jahren werden wir mit einer massiven Zunahme des sogenannten Niedriglohnssektors konfrontiert, Stichwort Minijobs, Leiharbeit, Werkverträge. Bei dieser prekären Arbeit, also Arbeitsformen, die keine oder zu geringe Einkommenssicherheit bieten, liegen wir inzwischen hinter Großbritannien auf dem zweiten Platz. Das ist das eigentliche Dilemma. Nehmen Sie nur die Leiharbeit. Vor der jüngsten Wirtschaftskrise war die Zahl der Leiharbeitsbeschäftigten sehr hoch, Ende 2008 lagen wir in Deutschland bei knapp unter 900.000 Menschen. Während der Krise sank diese Zahl stark, aber inzwischen hat sie wieder massiv zugenommen. Doch das Problem der prekären Arbeit können die Gewerkschaften allein aus eigener Kraft nicht lösen. Wir brauchen die Politik dazu, zum Beispiel in der Frage der Mindestlöhne im Dienstleistungsgewerbe. In den letzten Jahren haben wir mit kleinen Schritten Verbesserungen erreicht: Wir haben die Leiharbeit in manchen Betrieben einer Quote unterworfen, wir haben in vielen Betrieben so genannte »Besservereinbarungen« geschlossen, so dass die Leiharbeiter mehr Lohn erhielten. Zuletzt haben wir mit Leiharbeits- und Arbeitgeberverbänden über den Grundsatz »Equal Pay«, gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, gesprochen. In der Stahlbranche haben wir tarifvertragliche Verbesserungen für Leiharbeiter durchgesetzt. Möglicherweise werden wir in die Metall- und Elektro-Tarifrunde, die vor uns liegt, mit einer weiteren Forderung zum Thema Leiharbeit gehen, denn wir sind nicht bereit, diese Diskriminierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu akzeptieren. Das weiß die Regierung auch, aber leider ist im letzten März eine große Chance vergeben worden. Man drückt sich vor Equal Pay und gesetzlichen Mindestlöhnen, obwohl genau hier die Aufgabe der Politik wäre. Die Diskriminierung von Arbeitnehmern, die die gleiche Arbeit machen wie andere, aber nur die Hälfte des Lohnes dafür bekommen, ist einer Demokratie unwürdig und kann und darf nicht hingenommen werden.

TRIBÜNE: Befürchten Sie, dass wir auf dem Weg in eine Zweiklassen-Arbeitswelt sein könnten, Regulär- und Gutverdiener auf der einen Seite, die von der Konjunktur profitieren, und Beschäftigte im Zeit- und Niedriglohnbereich auf der anderen Seite, die sich von der Gesellschaft alleingelassen fühlen? Die Öffnung des europäischen Arbeitsmarkts verschärft die Situation noch zusätzlich.

HUBER: Diese Befürchtung einer Zweiklassen-Arbeitswelt ist nicht von der Hand zu weisen, wenn Sie sich beispielsweise die Entwicklung in den USA ansehen, wo man – leider – schon sehr weit in dieser Hinsicht ist. Umso mehr sehen wir Gewerkschaften uns in der Pflicht, alles, was wir in die Waagschale werfen können, einzusetzen, um eine solche Zweiklassenentwicklung aufzuhalten. Immerhin gehört der Grundsatz, dass gleiche Arbeit auch gleich bezahlt wird, laut Paragraph 23 der UN-Charta zu den Allgemeinen Menschenrechten.

TRIBÜNE: Nach übereinstimmender Erwartung von Arbeitgebern und Gewerkschaften kommt ein Fachkräftemangel auf uns zu. Er wird dazu beitragen, dass die Bundesrepublik auf ausländische Fachkräfte angewiesen ist. Das kann die Arbeitslosenzahlen hier nicht positiv beeinflussen.

HUBER: Zu diesem Thema möchte ich folgendes sagen: Aktuell gibt es bei uns im Großen und Ganzen keinen Fachkräftemangel. In verschiedenen Regionen fehlen Fachkräfte ebenso wie in verschiedenen Berufen, beispielsweise bei den Elektroingenieuren. Aber für den Fachkräftemangel, der für 2020/25 prognostiziert wird, haben wir alle Möglichkeiten in der Hand, jetzt dieser Entwicklung gegenzusteuern. Zum Beispiel mit unserer sehr guten dualen Ausbildung, indem wir die Zahl der Ausbildungsplätze erhöhen, aber auch, indem

wir den Menschen eine Weiterqualifizierung anbietet. Ich bin davon überzeugt, dass man nicht in allgemeines Klagen verfallen darf, sondern die Möglichkeiten, die man hat, nutzen muss. Fachkräftemangel ist nicht gottgegeben, da kann man etwas tun. Junge Leute müssen die Chance auf gute Ausbildungsplätze erhalten, auf Übernahme in ein festes Arbeitsverhältnis – nicht nur die Aussicht auf Befristungen und Leiharbeit. Zum Kampf gegen die Verrohung auf dem Arbeitsmarkt gehört ganz selbstverständlich die qualifizierte Ausbildung von jungen Leuten dazu.

TRIBÜNE: Banker, die ihre Misswirtschaft durch den Steuerzahler finanzieren lassen, Politiker, die reine Klientelpolitik betreiben – die Stichworte gefühlter Ungerechtigkeit sind zahlreich. Nicht nur bei den direkt Betroffenen, sondern in weiten Teilen der Bevölkerung macht sich Hilflosigkeit breit. Es ist zu befürchten, dass die Enttäuschung mit der Politik der etablierten Parteien in Deutschland wie in anderen EU-Ländern für steigenden Zulauf zu rechten Gruppierungen sorgt.

HUBER: Sie wissen ja, dass ich ein Buch unter dem Titel »Kurswechsel für Deutschland« herausgegeben habe. Teil dieses Kurswechsels müsste meiner Meinung nach sein, die Finanzmärkte zu regulieren. Es gibt keine ökonomische und schon gar keine moralische Begründung, dass riskantes Finanzgebaren zulasten Unschuldiger geht, seien es Hauseigentümer oder andere Bankkunden. Man muss die Spekulationswellen an den Börsen, ich nenne hier insbesondere die Rohstoffmärkte, eindämmen. Man muss für solche Finanzgeschäfte eine Transaktionssteuer erheben, um in beträchtlichem Umfang die Finanzwirtschaft an den Folgen der Krise zu beteiligen. Dafür zu sorgen ist Aufgabe eines demokratischen Staates und einer demokratisch gewählten Regierung. Ich halte es für äußerst bedenklich, dass diejenigen, die die Krise verursacht haben, jetzt nach deren Ende den gleichen Geschäftsmodellen folgen wie bisher. Hier muss die Politik eingreifen und der nächsten Krise – die schon absehbar ist, wenn Geschäftsmodelle unverändert fortgeführt werden – entgegensteuern.

TRIBÜNE: Kann uns die USA in dieser Beziehung ein Vorbild sein? Sie wissen, gerade läuft dort eine große Klage gegen die Deutsche Bank, weil durch Spekulationen sehr viele Menschen ruiniert und in Armut getrieben wurden.

HUBER: Wir müssen uns die Ereignisse dort in jedem Fall genau ansehen. Der Shareholder-Kapitalismus kennt nur noch eines: Profit, Profit und noch einmal Profit. Auf die Gesellschaft wird keinerlei Rücksicht genommen. Was dabei herauskommt, haben wir in der Wirtschaftskrise gesehen. In Deutschland findet darüber keine Debatte statt, was ich sehr bedaure. Man drückt sich vor der Diskussion, indem man auf Europa und nicht vorhandene internationale Regelungen verweist. Meiner Meinung nach muss hier zunächst die deutsche Regierung eine klare Haltung einnehmen und dann in Europa dafür sorgen, dass regulatorisch eingegriffen wird, um die Gefahren einer neuen Finanzmarktkrise zu reduzieren. Das ist im Übrigen auch wichtig, um den eigenen Staatshaushalt zu sanieren. Immerhin haben wir mit über 400 Milliarden Euro für die Banken gebürgt. Die direkten Kosten für die Steuerzahler zur Sicherung der Banken – Stichwort HypoRealEstate – betragen insgesamt fast 100 Milliarden Euro. Es geht nicht an, die Gewinne zu privatisieren und dann, wenn die Krise da ist, alles auf den Steuerzahler abzuwälzen, die Verluste also zu sozialisieren. Das ist nicht akzeptabel.

TRIBÜNE: Gerade die IG Metall hat immer Stellung gegen rechte Umtriebe bezogen. Vor nicht allzu langer Zeit erhielt der Betriebsratsvorsitzende der Hoesch AG Morddrohungen von Rechtsradikalen. Der letzte Verfassungsschutzbericht meldete, dass zwar die Gesamtzahl der Rechtsradikalen abgenommen hat, deren gewaltbereite Anhänger aber immer mehr Zulauf erhalten. Diese Entwicklung ist alarmierend.

HUBER: Ich sehe die Entwicklung mit großer Sorge. Silvio Berlusconi schürt offen antijüdische und rassistische Vorbehalte; nach den jüngsten Prognosen werden die österreichischen Haideristen, die bekanntlich ebenfalls offen rassistisch argumentieren, aus den nächsten Wahlen gestärkt hervorgehen; in Belgien, den Niederlanden – die Liste der Länder, in denen rechtes Gedankengut Raum gewinnt, ist lang. Wir müssen alles tun, damit die Demokratie in Deutschland gestärkt wird und rassistische Vorurteile nicht um sich greifen. Gerade deshalb haben wir von der IG Metall, wie auch die Jüdischen Gemeinden und der Zentralrat der Juden, immer ein Verbot der NPD gefordert. Dazu stehen wir auch weiterhin. Wir engagieren uns in jeder Beziehung gegen aufmarschierende Rechtsradikale. Wie massiv wir das tun, sieht man an den Drohungen, die es nicht nur gegen den Betriebsratsvorsitzenden von Hoesch gab. Wir haben einen Bevollmächtigten, der monatelang unter Polizeischutz stand, weil er wegen seines Engagements in Initiativen gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit Morddrohungen erhalten hatte. Eine Demokratie kann man nur stärken, wenn man die Beteiligung der Bürger stärkt. Große Sorge macht mir, dass die Wahlbeteiligung selbst bei kritischen Wahlen immer mehr zurückgeht. Eine der großen Forderungen, mit der ich schon seit zwanzig, dreißig Jahren durch die Lande ziehe, ist die Erweiterung der Mitbestimmung. Wenn die Menschen partizipieren, wenn sie sich nicht nur als Objekt und ohnmächtig fühlen, wird auch die Demokratie gestärkt. Durch die Finanzkrise ist der Glaube an Gerechtigkeit und Solidarität bei uns geschwunden, wie der Soziologe Wilhelm Heitmeyer in seiner jüngsten Studie »Deutsche Zustände« ermittelt hat.

TRIBÜNE: Heitmeyers europaweite Befunde sind noch Besorgnis erregender. Beispielsweise glauben in meinem Heimatland Ungarn 49,5 Prozent der Befragten, dass »die Juden« die Verursacher aller Missstände sind – 49,5 Prozent, das ist Wahnsinn! Gar nicht zu reden von der Diskriminierung, unter der Minderheiten wie die Roma in Osteuropa leiden.

HUBER: Es ist eine Grundüberzeugung der Gewerkschaften, auch im Rückblick auf die schreckliche deutsche Geschichte, dass wir alles tun müssen, um die Demokratie in Deutschland zu stärken und zu erhalten. Deshalb treten wir allen rechtsradikalen und rassistischen Tendenzen entgegen. Ich kann Ihnen versichern, wir stehen solidarisch an der Seite der jüdischen Gemeinden und aller Gruppen, die bei uns von Ausgrenzung bedroht sind. Wir vertreten diese Haltung auch offensiv, führen dazu vielfältige Aktionen innerhalb und außerhalb der Betriebe durch.

TRIBÜNE: Was mir Sorgen macht ist, dass es kein anderes Land der Welt gibt, das wie Deutschland mit so viel Akribie versucht hat, die Nazi-Vergangenheit aufzuarbeiten. Und dennoch haben wir rechte Strömungen mitten in unserer Gesellschaft.

HUBER: Manchmal habe ich den Eindruck, dass sich diese Vorurteile und diese Schuldzuweisungen nie aufheben lassen werden. Um so wichtiger ist es, rechtzeitig gegenzusteuern. Wir müssen alles tun, die Menschen in Arbeit und Brot zu halten, um rassistischen, rechtsradikalen Vorurteilen keine Nahrung und keinen Boden zu geben. Glücklicherweise konnten wir die jüngste Krise sehr schnell überwinden – ob übermorgen nicht schon die nächste Krise vor der Tür steht, da bin ich mir nicht sicher. Von Parolen wie »Aufschwung XXL«, mit denen so getan wird, als seien alle Probleme überwunden, halte ich gar nichts. Wir müssen ganz realistisch die Bedrohungspotentiale sehen, sowohl in Bezug auf den Finanzmarkt, über den wir ja schon gesprochen haben, als auch den Arbeitsmarkt. Es muss alles getan werden, damit die Arbeitslosigkeit sinkt und nicht wieder auf fünf Millionen steigt. Es war völlig richtig von uns, dass wir die Prognosen der Ökonomen nicht einfach hingenommen haben, die in den Kanzlerinnenrunden ab Dezember 2008 verkündeten, spätestens Ende 2010 gebe es bei uns mehr als 5 Millionen Arbeitslose. Wo ich auch war habe

ich öffentlich wie privat immer gegen diese Prognosen Stellung bezogen. Eine solche Entwicklung dürfen wir nicht zulassen, sondern müssen dagegen aktiv werden.

TRIBÜNE: Otto Brenner, Ihr unvergesslicher Amtsvorgänger in den 1960er Jahren, war einer der Vorkämpfer für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel. Die Unterschriftensammlungen von Gewerkschaften und SPD haben wesentlich dazu beigetragen, die Stimmung in der Bevölkerung zu Israels Gunsten zu verändern.

HUBER: Seit er Vorsitzender war, Ende der 1950er Jahre bis 1972, hat Otto Brenner in dieser Hinsicht eine wichtige Rolle gespielt, er hat sich für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen ausgesprochen und viel dafür getan. Das lag sicher auch an seinen persönlichen Erfahrungen. Brenner hatte unter Nationalsozialismus und Faschismus zu leiden, ähnlich wie andere Mitglieder der Arbeiterbewegung. Das ist Bestandteil der Geschichte der Arbeiterbewegung, denn auch sie war den Nazis verhasst. Willi Bleicher beispielsweise, der sich in der jungen Bundesrepublik als leidenschaftlicher Gewerkschafter engagierte, hat in Yad Vashem einen Baum als »Gerechter unter den Völkern«. Das enge Verhältnis, das der Deutsche Gewerkschaftsbund zu Israel hatte, war ebenfalls wichtig in Bezug auf das gewerkschaftliche Engagement für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

TRIBÜNE: Ludwig Rosenberg, Otto Brenner und Walter Hesselbach starteten diese Unterschriftenaktion, die 1965 zum Erfolg geführt hat. Natürlich spielten bei der Entscheidung noch andere Aspekte eine Rolle, ganz besonders der Empfang Walter Ulbrichts in Kairo, der Ludwig Ehrhardt endlich veranlasste, dem langen Drängen nachzugeben und diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen.

HUBER: Der Schritt der Regierung Ehrhardt war ein wichtiger Bestandteil des Aufarbeitungsprozesses, denn er zeigte, dass man in Deutschland tatsächlich Schlussfolgerungen gezogen hatte und diese auch umsetzte.

TRIBÜNE: Mit der Aufarbeitung der Vergangenheit haben sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern sehr positiv entwickelt. Deutschland gehört für den jüdischen Staat zu den wichtigsten Partnern. Leider ist heute eine große Diskrepanz zwischen der offiziellen Politik der Bundesregierung – Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte Israels Sicherheit zur Staatsräson – und der Haltung der deutschen Bevölkerung dem jüdischen Staat gegenüber zu beobachten. Kein Wunder, denn die Berichterstattung in unseren Medien ist oft sehr einseitig.

HUBER: Diese positive Entwicklung der Beziehungen war ein schwieriger Prozess, insbesondere auch zwischen den Arbeitnehmern beider Länder. 1961, beim Besuch der ersten Gewerkschaftsdelegation in Israel, sagte ein jüdischer Teilnehmer: »Obwohl wir Tränen in den Augen hatten, haben wir und wollten wir die ausgestreckte Hand nicht zurückweisen.« Im Laufe der Zeit haben sich dann sehr viele und enge Kontakte entwickelt. Was die Einstellung der gesamten deutschen Bevölkerung zu Israel betrifft, habe ich keine genauen Zahlen. Zwiespältig ist sie sicherlich. Die übergroße Mehrheit hat das Existenzrecht Israels akzeptiert und sieht auch die deutsche Unterstützung des jüdischen Staates positiv. Insofern ist das keineswegs nur Staatsräson. Was dagegen in der Bevölkerung sehr oft auf Kritik stößt, ist die Behandlung der Palästinenser. Und daraus ergibt sich eine Ablehnung der israelischen Politik in bestimmten Punkten, aber das ist meiner Einschätzung nach keine Ablehnung der Existenz Israels.

TRIBÜNE: Leider ist auch diese Einzelkritik an israelischer Politik sehr einseitig. Ein Beispiel: Israel hat ständig unter Terror zu leiden. Die Mauer, die zum Schutz vor Attentätern errichtet worden ist, wird in unseren Medien gern mit der Berliner Mauer verglichen.

Das ist völlig falsch und verstärkt noch die in unserer Bevölkerung existierende negative Haltung gegenüber Israel.

HUBER: Nun, ich bin weder Außenminister noch sonst Mitglied der Regierung, ich bin Gewerkschaftsvorsitzender. Demnach kann ich hier nur eine persönliche Anmerkung machen. Ich weiß, wie Hamas usw. von israelischer Seite aus beurteilt werden: als Terrororganisationen, mit denen man nicht verhandeln kann. Allerdings glaube ich nicht, dass es möglich ist, Hamas totzuschweigen oder den Prozess der Vereinigung zwischen Hamas und Fatah derart reaktiv zu sehen, wie es gerade geschieht. Frieden wird es nur geben, wenn auch Hamas an den Verhandlungen beteiligt wird. Dass Sie das anders sehen, dafür habe ich Verständnis angesichts der Raketen, die auf Israel abgeschossen werden, oder die Gewalttaten, die verübt werden. Erstens müssten die Palästinenser das Existenzrecht Israels anerkennen, zweitens einen Gewaltverzicht erklären, drittens bisher getroffene Vereinbarungen anerkennen. Unter diesen Voraussetzungen müssten neue Gespräche über Frieden im Nahen Osten zustande kommen.

TRIBÜNE: Sobald diese drei Gesichtspunkte erfüllt werden, in diesem Augenblick sitzen die Israelis am Verhandlungstisch, da bin ich sicher. Einseitige Berichterstattung beschränkt sich aber nicht nur auf den Nahostkonflikt. Seit geraumer Zeit wächst die Unsicherheit über die Stabilität unserer Währung. Politiker aller Couleur sehen Deutschland als »Zahlmeister der EU« und prangern die angebliche Misswirtschaft der kriselnden Mitgliedsländer an. Vor allem die Boulevardpresse schreckt nicht davor zurück, in ihren Beiträgen nationale Ressentiments zu bedienen. Das fördert Vorurteile, die wir schon überwunden glaubten.

HUBER: In der Tat stößt man auf sehr polemische Äußerungen wie »Der und jener hat über sein Maß gelebt«, »Deutschland ist der Zahlmeister der EU«. Zuallererst ist festzuhalten, dass Deutschland der größte Nutznießer der europäischen Währungsunion ist. Durch die Eurozone haben wir viele Abnehmer für unsere Erzeugnisse gewonnen, unsere Absatzmärkte liegen zum großen Teil dort – insofern sind wir nicht, wie behauptet, Zahlmeister, sondern Nutznießer der EU. Die aktuellen Haushaltsprobleme einiger EU-Ländern werden wir nur lösen können über eine Verlängerung der Schuldentilgung und die Herabsetzung der Zinsen, in welcher Form auch immer. Sonst werden Länder wie Portugal, Griechenland, möglicherweise auch Spanien, von ihrer Schuldenlast erdrückt, und das kann uns nicht gleichgültig sein, weil es die Europäische Union ins Wanken bringt. Langfristig gesehen besteht die Aufgabe darin, in den wirtschaftlich schwachen Ländern wertschöpfende Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Griechenland beispielsweise kann, auch wenn es wunderschönes Land ist, nicht allein vom Tourismus leben. Es bedarf langfristiger Pläne, um die wirtschaftlichen Stärken des Landes zu fördern und eine solide Ökonomie aufzubauen. Denken Sie an das bemerkenswerte Beispiel Israel: Dort existieren in verschiedenen Industriebereichen wie der IT-Branche große Potentiale und Kompetenzen.

TRIBÜNE: Auch diese Krise sollte jedoch nicht nur vom Steuerzahler getragen werden.

HUBER: Selbstverständlich nicht. Man muss diejenigen in die Pflicht nehmen, die bislang am meisten profitiert haben. Denken Sie nur an die Anleihen, mit denen sich vor allem einige Banken eine goldene Nase verdient haben. Jetzt, wo die großen Probleme eingetreten sind, müssen sie sich an der Rettung beteiligen und die Kosten nicht auf Länder und Steuerzahler abwälzen.

TRIBÜNE: Aber das Problem ist doch, dass die Politik im Interesse von Banken und Investoren Griechenland nicht Pleite gehen lässt.

HUBER: Richtig. Auf keinen Fall übersehen darf man aber, was Sie in Ihrer Frage angesprochen haben, Herr Romberg: dass hier massiv Vorurteile geschürt werden, unter anderem

durch verschiedene Presseorgane. Jeden Tag lese ich die »Bild«-Zeitung, nicht aus Überzeugung, sondern weil es zu meiner Arbeit dazugehört. Bei dem, was ich auf manchen Veranstaltungen dann zu hören bekomme, kann ich nur sagen: »Heute zu viel ›Bild‹ gelesen?« Solche falschen, aber prägnanten Parolen bleiben leider im Gedächtnis, selbst bei gebildeten Leuten. Einem Arbeitgebervertreter habe ich neulich erst geraten, die billigen Argumente, die er in der »Bild«-Zeitung gelesen hat, nicht immer zu wiederholen.

TRIBÜNE: Die Diskussion um den Atomausstieg, die durch die Ereignisse in Japan stark angeheizt wurde, hat einmal mehr ein Problem unserer politischen Landschaft transparent gemacht: Die Entscheidungen unserer Politiker sind nicht immer von Vernunft geleitet, sondern folgen einerseits dem Wunsch nach politischem Machterhalt, andererseits den Interessen bestimmter Lobbygruppen.

HUBER: Die Argumente für einen Atomausstieg waren schon vor Fukushima da und nicht anders als danach – wenn man sie denn sehen wollte. Noch im Dezember letzten Jahres wurde die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke beschlossen. Und nun, nachdem die Stimmung in der Bevölkerung vollkommen gekippt ist, hat die Politik es plötzlich geschafft, sich auf die Atomwende zu einigen. Das wirft natürlich Zweifel über die Hintergründe solcher Entscheidungen auf. Ich habe mich immer gegen Atomkraft ausgesprochen, weil ich angesichts der Risiken nicht davon ausging, dass die Technik beherrschbar ist. Wenn wir die Energiewende ernsthaft angehen, wenn wir tatsächlich ressourcenschonende, ökologische und nachhaltige Produktionssysteme aufbauen, werden wir damit die deutsche Wirtschaft und die Arbeitsplätze sicherer, zukunftsfester machen und Arbeitsplätze in großer Zahl schaffen, davon bin ich überzeugt. Sehen Sie doch nur die etwa 350.000 Arbeitsplätze, die im Bereich Windkraft, Solarenergie etc. in den letzten zehn Jahren entstanden sind. Dort existieren große Potentiale, die wir nutzen müssen. Ich will das nicht überheblich verstanden wissen, aber wenn diesen Sprung jemand schaffen kann, wenn jemand die Technologie dazu hat, dann sind wir das. Darauf müssen wir uns konzentrieren und nicht sinnlos Milliarden in Atomkraftwerke stecken. Ich treffe sehr viele Kolleginnen und Kollegen, auch auf internationaler Ebene wie beim Internationalen Metallgewerkschaftsbund in Genf. Viele von ihnen, Japaner, Franzosen, halten nach wie vor die Atomkraft für nicht gefährlich und für beherrschbar.

TRIBÜNE: Schon allein der Begriff »Atomenergie« war ein Fehler. Das Atomkraftforum u. a. mit Franz-Josef Strauß war seinerzeit nicht bereit, »Kernenergie« zu sagen, sondern wählte trotz Widerstands die verharmlosende Bezeichnung »Atomenergie«.

HUBER: Ich gehöre auch nicht zu den Menschen, die alle Erklärungen von Ingenieuren und Technikern für richtig halten. Eine solche positivistische Einstellung wäre ein Fehler. Deutsche Ingenieure meinen nicht selten, sie könnten alles beherrschen. Das ist Unfug. Viel besser ist, wenn sie ihre Kompetenz in vorwärtsweisende Projekte einbringen können. Die Energiewende jetzt ist eine große Chance. Zwei große Projekte der industriellen Moderne gibt es meiner Meinung nach: die Energiewende und die E-Mobilität. Wenn diese beiden Projekte ernsthaft angepackt werden, bieten sie große Chancen für Arbeitsplätze und Wohlstand.

TRIBÜNE: Industriebetriebe nutzen rund 40 Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms. In die Gespräche zur Zukunft der Atomkraftwerke war die IG Metall als Vertretung der betroffenen Arbeitnehmer leider nicht eingebunden. Welche Vorschläge oder Anstöße hätten Sie gern gegeben, wenn Sie mit am Tisch gesessen hätten?

HUBER: In der »Ethikkommission für eine sichere Energieversorgung« sitzt mein Kollege Michael Vassiliadis, der Vorsitzende der IG Bergbau, Chemie, Energie. Früher war die IG BCE eher eine Befürworterin der Kernenergie, aber der neue Vorsitzende hat in dieser

Hinsicht die Wende vollzogen, die wir von der IG Metall schon nach Tschernobyl gemacht haben. Mit Michael Vassiliadis waren die Gewerkschaften in der Kommission sehr kompetent vertreten. Sowohl die Chemie- als auch die Stahlindustrie gehören zu den Zweigen, die am meisten Energie verbrauchen. Das ist einfach prozessbedingt. Man muss nun einmal soundso viel Energie aufwenden, damit Eisenerz zu Stahl geschmolzen werden kann oder die Stoffumwandlung in der Chemieindustrie stattfinden kann. Wenn wir wollen, dass Stahl- und die Chemieindustrie auch weiterhin eine bedeutende Rolle in der deutschen Wirtschaft spielen, dann muss man dafür sorgen, dass diese Zweige wie bisher den Strom billiger erhalten als die Haushalte. Natürlich muss Strom auch für die Verbraucher erschwinglich sein. Manche malen den Teufel an die Wand und behaupten, Strom werde in Zukunft immer teurer werden – ganz besonders durch den Einsatz regenerativer Energieerzeugung. Aber das glaube ich nicht, regenerative Energie wird mittelfristig eher billiger werden. Zudem halte ich es für eine Milchmädchenrechnung zu behaupten, Atomstrom sei billiger als Strom aus regenerativen Energiequellen. Erinnern Sie sich doch nur daran, mit wie vielen Milliarden die Kerntechnik in die Welt gesetzt worden ist, wie vieles – wie beispielsweise die sogenannten Endlager – bis heute noch nicht geklärt ist. All diese Dinge kann man nicht unberücksichtigt lassen. Wenn Sie dann eine Gesamtrechnung anstellen, ist Atomstrom wahrscheinlich der teuerste, den wir haben. Unsere Industriebereiche – Stahl, Chemie, Aluminium – brauchen sehr viel Energie. In der Stahlerzeugung sieht es so aus, dass Energie und Rohstoffe achtzig Prozent der Kosten verursachen, die Lohnkosten machen weniger als zehn Prozent aus, der Rest ist zu vernachlässigen. Deshalb muss man bei allen Entscheidungen die Energiefrage und die Rohstofffrage immer mit beachten, sonst laufen wir Gefahr, solche Grundstoffindustrien zu verlieren. Das wäre für die Wertschöpfungskette in Deutschland nicht gut und für die Arbeitsplätze erst recht nicht.

TRIBÜNE: Die Gewerkschaften waren schon immer Vorreiter und Bewahrer sozialer und demokratischer Werte. Wie sehen Sie die Rolle, die die Gewerkschaften in der künftigen Entwicklung Deutschlands spielen können oder müssen?

HUBER: Auch wenn man im Einzelnen viele Änderungen vornehmen muss, vielleicht neue Institutionen, neue Regelungen finden muss, bleibt unser Grundsatz, demokratische und soziale Werte zu verteidigen. Insofern ist unsere Vergangenheit auch unsere Zukunft. Ich sehe die Gewerkschaften nicht anders. Unseren Grundwerten Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Solidarität haben wir – auch aufgrund der aktuellen gesellschaftlichen Debatten – noch weitere Werte hinzugefügt. Respekt, Anerkennung und Würde muss das Verhalten zu unseren Mitmenschen prägen, nicht Ausgrenzung, Verachtung und Herabsetzung. Beispielsweise sind wir dieses Jahr der ursprünglich von Sportlern gegründeten Initiative »Respekt! Kein Platz für Rassismus« beigetreten. Wir fühlen uns dort mit unseren Werten Würde, Anerkennung und Respekt gut aufgehoben und tun alles, um innerhalb und außerhalb der Betriebe ein faires und soziales Miteinander zu fördern.

TRIBÜNE: Herr Huber, ich habe nur einen ganz herzlichen Dank zu sagen.

HUBER: Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen für die nächsten fünfzig Jahre alles Gute.

Das Gespräch führte Otto R. Romberg.